



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Herr
Florian Schreier
Geschäftsführer VCS beider Basel

Per Mail an:
florian.schreier@vcs-blbs.ch

Basel, 31. März 2026

Regierungsratsbeschluss vom 31. März 2026

Petition "Nein zum Zombie-Rheintunnel"

Sehr geehrter Herr Schreier
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Dezember 2025 hat Ihnen die Staatskanzlei den Eingang Ihrer Petition "Nein zum Zombie-Rheintunnel" bestätigt. Im Folgenden nimmt der Regierungsrat zum Anliegen inhaltlich Stellung:

Ausgangslage

Mit dem Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen (STEP Nationalstrasse 2023) hat der Bund einen punktuellen Ausbau der Nationalstrassen für sechs Projekte beschlossen. Eines dieser Projekte war der Rheintunnel. Gegen diesen Bundesbeschluss wurde das nationale Referendum ergriffen. Am 24. November 2024 hat die Stimmbevölkerung die Finanzierung des Ausbauschnitts mit 52.7 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt.

Vor diesem Hintergrund hat das UVEK bei der ETH Zürich ein Gutachten zur Beurteilung der Prioritäten der Ausbauprojekte sowohl der Bahn als auch der Strasse in Auftrag gegeben. Das Gutachten «Verkehr 2045» der ETH Zürich vom 15. September 2025 wurde am 9. Oktober 2025 veröffentlicht.

Im Gutachten «Verkehr 2045» wird dem Projekt Rheintunnel eine hohe Priorität zugesprochen, weil das Projekt einen Kapazitätsengpass an einer neuralgischen Stelle behebt und den Fernverkehr vom regionalen und städtischen Verkehr trennt. Letzteres reduziert die Verkehrsbelastung für die Stadt Basel erheblich und erlaubt verkehrlich und städtebaulich erwünschte Verbesserungen, die sonst nicht möglich wären.

Im Weiteren hat das UVEK auf Basis des Gutachtens festgelegt, wie der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur der Bahn, der Strasse und des Agglomerationsverkehrs bis 2045 erfolgen soll. Der Bundesrat hat diese Festlegung genehmigt und am 28. Januar 2026 veröffentlicht. Im Realisierungshorizont 2045 wurde auch das Projekt «N2 Rheintunnel Basel (BS/BL)» mit 2.4 Mia. Franken Kosten aufgenommen. Das Projekt soll jedoch erst in die Botschaft 2031 aufgenommen werden.

Standpunkt des Regierungsrates

Eine überarbeitete Neuauflage des Projekts Rheintunnel kann in Basel nur politisch unterstützt werden und eine Mehrheit finden, wenn im Vergleich zum bisherigen Projekt Mehrwerte zugunsten der ansässigen Bevölkerung aufgezeigt werden und zusätzliche Projektelemente das Gesamtprojekt kompatibel mit den übergeordneten Zielen des Kantons machen, namentlich mit den Klima- und Mobilitätszielen.

Dazu stehen folgende Elemente und Massnahmen im Fokus:

- **Verkehrsentlastung der Stadtstrassen und der Osttangente:** Integration weiterer Elemente wie beispielsweise der direkte Anschluss des Hafens- resp. GBN¹-Verkehrs, um den Schwerverkehr aus dem Hafen direkt dem Rheintunnel zuzuführen und damit die Osttangente weiter zu entlasten.
- **Mehr Stadtgrün und Fläche für aktive Mobilität** dank flankierender Massnahmen: Gefordert sind konkrete Vorschläge für mögliche flankierende Massnahmen auf dem Stadtstrassennetz zum Nutzen für die Stadtbevölkerung respektive der Quartiere wie beispielsweise Entsiegelungs- und Begrünungsmassnahmen.
- **Reduzierte Baustellenbelastung:** Neben dem Aufzeigen der Mehrwerte fehlen auch noch Antworten zu bisher unbefriedigend geplanten Punkten während der Projektabwicklung. So fordert der Regierungsrat insbesondere, dass der Flächenbedarf und die Beanspruchungsdauer für Installationsplätze auf der für das Quartier sehr wichtigen Dreirosenanlage reduziert wird.
- **Gleichschritt mit dem Bahnausbau:** Mit der Botschaft 2026 des Bundes und den folgenden Botschaften müssen auch bahnseitig mit dem Tiefbahnhof und der Durchmesserlinie die notwendigen Infrastruktur-Voraussetzungen geschaffen werden, um den stetig steigenden Personen- und Warenverkehr in der Region Basel und auf der Nord-Südachse aufzunehmen.

Der Regierungsrat teilt die Einschätzung des Gutachtens «Verkehr 2045» der ETH Zürich sowie die des Bundesrates, dass das Projekt Rheintunnel das Potential hat, den Kapazitätsengpass auf dem Nationalstrassennetz insbesondere während der Totalsanierung der Osttangente zu beheben und so zu vermeiden, dass der Durchgangsverkehr über Jahre hinweg auf das Stadtstrassennetz ausweicht. Dies jedoch unter den oben genannten Bedingungen und sofern die vom Bundesrat geplante Botschaft 31 zum Nationalstrassennetz bei einem allfälligen Referendum an der Urne eine Mehrheit findet.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Marco Greiner
Vizestaatschreiber

Kopie an
Petitionskommission

¹ GBN: Gateway Basel Nord